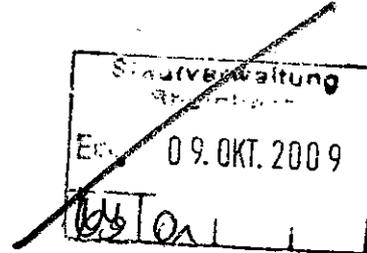


Anlage 2
GÜNTER ZAVELBERG

TDP 8.2
Seite 15

An den
Rat der Stadt Rheinbach
z. Hd. Herrn Bürgermeister
Stefan Raetz
Schweigelstraße

53359 Rheinbach



Wormersdorf, 07.10.2009

Antrag: Neu-Behandlung des Antrags auf Erstellung eines Dorfentwicklungskonzeptes für Wormersdorf vom 15.07.1999, beigelegt als Anlage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stefan Raetz,

hiermit beantrage ich, den Antrag vom 15.07.1999 auf Erstellung eines Dorfentwicklungskonzeptes für Wormersdorf erneut in den entsprechenden Gremien zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Zavelberg
Ortsvorsteher

Günter Zavelberg

Wormersdorfer Str.92
53359 Rheinbach

An die
Verwaltung der Stadt Rheinbach
z.Hd. Herrn Bürgermeister Dr. Hans Schellenberger
Schweigelstr.

53359 Rheinbach

den 15.07.1999

Betrifft: Antrag Dorfentwicklungskonzept Wormersdorf

Sehr geehrter Herr Dr. Schellenberger,

hiermit stelle ich den Antrag, der Rat der Stadt Rheinbach möge die Erstellung eines Dorfentwicklungskonzeptes für Wormersdorf beschließen.

Zur Begründung:

Wormersdorf nimmt innerhalb der Ortsteile und Dorflagen der Stadt Rheinbach als größte Ortschaft mit z.Zt. 3200 Einwohnern eine besondere Position ein. Der dörflich geprägte Ortskern hat sich im Grundsatz gut erhalten, seine Kulturgeschichte ist in der räumlichen Fügung wie im Ausdruck einzelner Gebäude noch gut ablesbar. Um den alten Kern hat sich in mehreren Erweiterungsstufen neue Wohnbebauung gelegt und Wormersdorf stark verändert. Trotzdem hat Wormersdorf seine dörfliche Identität und Besonderheit bewahren können. Dies drückt sich insbesondere in einem ausgeprägten Zugehörigkeitsgefühl der Wormersdorfer Bewohner aus.

Vor dem Hintergrund dieser charakteristischen Merkmale einerseits und den sich mit der städtebaulichen Entwicklung der Kernstadt Rheinbach abzeichnenden Veränderungen andererseits sollen über eine Dorfentwicklungsplanung Möglichkeiten untersucht werden, vorhandene Potentiale in Wormersdorf zu sichern, und weiter zu entwickeln, Defizite zu beseitigen und neue Entwicklungschancen für Wormersdorf aufzuzeigen.

-2-

Daher stelle ich den Antrag, für Wormersdorf ein Dorfsentwicklungskonzept zu erstellen. Hierbei stelle ich mir eine Gesamtplanung vor, die sowohl zur Infrastruktur (Verkehrsführung, Straßengestaltung, Parkplätze, Schule, Kindergarten, Spiel- und Bolzplätze, Mehrzweckhalle, Versorgung usw.) als auch zur Ökologie Aussagen trifft. Des Weiteren soll speziell auf die räumliche Entwicklung Wormersdorfs, die Erhaltung des Dorfkerns sowie Bedarf und Perspektive der weiteren Entwicklung Wormersdorfs eingegangen werden.

Die Dorfsentwicklung von Wormersdorf ist ein Planungs- und Meinungsbildungsprozess, der auf der historischen Entwicklung Wormersdorfs aufbauend, auf Dauer angelegt werden sollte.

Neben der Erhebung des Bestandes, der Analyse und der fachlichen Bewertung sind die informellen Beurteilungen und Vorstellungen der betroffenen Bürger von besonderer Wichtigkeit. Dorfsentwicklung kann nur über den Konsens und hier über die Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung insbesondere bei der Realisierung von Maßnahmen und Aktionen erfolgreich gestaltet werden.

Mit freundlichen Grüßen



der Niederschrift über die 7/1. Sitzung
des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses
am Dienstag, dem 14. Dezember 1999

TOP 8.2
Seite 18

B e s c h l ü s s e

Punkt der TO	Nr. des Beschlusses:	Wortlaut des Beschlusses:
-----------------	-------------------------	---------------------------

Bezug nehmend auf die Sitzungsvorlage sieht Amtsleiter Althausen aus Gründen der Rechtssicherheit und wegen der Konfrontation zweier Wohngebiete ein Änderungsverfahren sehr problematisch.

Unter Hinweis, das die Frage der Verkehrsführung auf dem Euskirchener Weg während der Planerstellung umfangreich, aber auch kontrovers diskutiert worden ist, plädiert sachkundiger Bürger Schürkes für die Einleitung eines Änderungsverfahrens.

Ratsherr von Meer kündigt an, daß die CDU-Fraktion sich insbesondere aus Gründen der Rechtssicherheit für die Beibehaltung der Sperrung aussprechen wird.

Ratsherr Geerds M.A. stellt im Sinne des Bürgerantrages den Antrag, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Rheinbach Nr. 10 „Euskirchener Weg“ einzuleiten mit dem Ziel, die verkehrliche Sperrung des Euskirchener Weges in Höhe der Trafo-Station für den Pkw-Verkehr aufzuheben.

7/3

Der Antrag wird bei 5 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

- Hiermit ist der Bürgerantrag abgelehnt. -

4.1.4

**Antrag des Ratsherrn Zavelberg vom 15.07.1999
Dorfentwicklungskonzept Wormersdorf**

Ratsherr Zavelberg begrüßt die Verwaltungsvorlage mit Ausnahme der Zeitplanung. Die Erarbeitung eines Konzeptes kann nach seiner Meinung nicht bis zur Entwicklung der Bauflächen im Nordosten zurückgestellt werden. Die Interessen der Ortsentwicklung müssen klar dargelegt werden. In diesem Zusammenhang spricht er die mögliche Vermarktung von städtischen Flächen an und macht deutlich, das Grundaussagen über die öffentlichen Bedarfsflächen notwendig sind, um Fehlplanungen zu vermeiden.

der Niederschrift über die 7/1. Sitzung
des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses
am Dienstag, dem 14. Dezember 1999

TOP
Seite

8.2
19

B e s c h l ü s s e

Punkt der TO	Nr. des Beschlusses:	Wortlaut des Beschlusses:
-----------------	-------------------------	---------------------------

Für die in der Verwaltungsvorlage aufgeführten Problembereiche sagt Amtsleiter Althausen eine Formulierung von Grundsätzen im Laufe des Jahres 2000 zu.

Eine Beschlußfassung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt nicht.

4.2

vereinfachte Änderungen

./.

4.3

Veränderungssperren

./.

5.

Verkehr

5.1

Antrag der UWG-Fraktion vom 15.08.1999 auf Sperrung der Gefällstrecken im Bereich der Ortsdurchfahrten Todenfeld und Neukirchen für Gefahrgut- und Schwertransporte

Ratsherr Witsch begrüßt die im Ortstermin vereinbarte Sperrung der Ortsdurchfahrt Neukirchen für Gefahrgut- und Schwertransporte. Mit der Entscheidung, die zur Ortsdurchfahrt Todenfeld gefaßt worden ist, erklärt er sich auch nach Erläuterung der hierfür maßgeblichen Gründe nicht einverstanden. Er stellt den Antrag, die Ortsdurchfahrt Todenfeld analog der Ortsdurchfahrt Neukirchen durch Anordnung des Zeichens 261 StVO (Verbot für kennzeichnungspflichtige Kraftfahrzeuge mit gefährlichen Gütern) für Gefahrgut- und Schwertransporte aus Richtung Hilberath zu sperren.

Bezug nehmend auf den Unfall in Herborn begründet Ratsherr Bongartz, warum er die Verwaltungsvorlage unterstützt. Er spricht die Geschwindigkeitsreduzierung durch die bestehende Topographie, die Problematik einer Verkehrsumleitung und die Voraussetzungen für eine Sperrung an, die in Todenfeld nicht vorliegen.